

UZUnsere Zeit
Zeitung der DKP

Juni 2015

notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

DKP solidarisch mit Belegschaft

Karstadt-Schließung verhindern

Der Beschluss des Karstadt-Aufsichtsrats zur Schließung des Kaufhauses in Bottrop und derjenigen an vier weiteren Standorten, darunter Recklinghausen und Mönchengladbach, darf nicht das letzte Wort sein! Das Karstadt-Kaufhaus ist in unserer Stadt das einzige Kaufhaus mit einem Komplettangebot. Mit dem angekündigten Aus für Karstadt droht der Niedergang des Einzelhandels in der Innenstadt. Viele kleinere Geschäfte können nur mit einem Frequenzbringer wie Karstadt überleben. Die Dauerinsolvenz des Hansa-Centrums ist ein warnendes Beispiel.

Seit 10 Jahren haben die Beschäftigten mit Sanierungstarifverträgen auf einen großen Teil ihres Einkommens verzichtet. Als „Gegenleistung“ wurde ihnen zugesichert, die Arbeitsplätze zu erhalten. Wieder einmal zeigt sich, dass Lohnverzicht die Arbeitsplätze nicht sicherer macht. Verantwortlich für den Niedergang von Karstadt sind Fehlentscheidungen

des Managements über Jahre und Jahrzehnte. Dafür steht der Name des ehemaligen Karstadt-Chefs Middelhoff. Als Retter von Karstadt ließ sich der Milliardär Nicolas Berggruen feiern. Statt in die Kaufhäuser zu investieren, war Berggruen nur darauf aus, möglichst viel Gewinn mit Karstadt zu machen. Auch der jetzige Eigner, Immobilienhai Rene Benko, hat kein

Interesse an einer Weiterentwicklung von Karstadt. Verlierer sind die 85 Beschäftigten in Bottrop, viele darunter mit gering bezahlten Teilzeitarbeitsplätzen. Ihnen droht jetzt die Arbeitslosigkeit mit anschließendem Hartz-IV-Bezug. Dies ist wieder einmal das Beispiel für den gewöhnlichen brutalen Kapitalismus!

Selbst wenn ein Investor – wie vom Oberbürgermeister überraschend angekündigt – das Bottroper Haus kaufen würde, stellt sich immer noch die Frage nach der Übernahme der Beschäftigten. Bisherige Erfahrungen zeigen: Investoren sind nur am Gebäude und am Profit interessiert – nicht an Menschen.

Die DKP unterstützt die Forderung von ver.di nach dem Erhalt aller Arbeitsplätze und aller Standorte!

Die Karstadt-Beschäftigten brauchen jetzt die Solidarität anderer Belegschaften, ihrer Gewerkschaften und der ganzen Stadt!

Michael Gerber, Tel.: 96227

**Sprechstunden
der
DKP-Rats-
gruppe:**

**Montag &
Donnerstag
14.00 -
17.00 Uhr
im
DKP-Büro
Germania-
straße 54**

**Telefon:
688 157

**Internet:
www.dkp-
bottrop.de**



Wenige Tage nach Bekanntwerden der Schließung sammelte die DKP bereits vor der Filiale Unterschriften auf Protestkarten an den Karstadt-Vorstand

Stimmen zur Karstadt-Misere

Insgesamt sollen fünf Karstadt-Häuser geschlossen werden: In Bottrop, Recklinghausen, Neumünster, Mönchengladbach und Dessau. Nach ver.di-Angaben sind davon insgesamt 540 Beschäftigte betroffen – derzeit betreibt der Konzern noch 83 Häuser mit 16.000 „Mitarbeitern“.

Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Karstadt, Hellmut Patzelt sagte: „Das ist ein bitterer Tag für die Beschäftigten von Karstadt. Mit dem heutigen Tag ist Vertrauen in die Eigentümer und die Geschäftsführung von Karstadt verlorengegangen.“ Bisher bestehe der Kurs der neuen Eigner und des Managements vor allem aus einer rigiden Spar- und Kürzungspolitik auf dem Rücken der Mitarbeiter.

Der aktuelle Besitzer habe erneut die Chance vertan, zu zeigen, dass er ein wirkliches Interesse am Warenhausgeschäft habe, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger. Die Eigentümer stellten erneut die Verwertung der Immobilien in den Vordergrund.

Sekundarschule Kirchhellen

Dezernent Ketzler spielt mit gezinkten Karten

Zu Beginn erst einmal das Positive: Die Sekundarschule Kirchhellen startet zum nächsten Schuljahr! Im letzten Jahr hatten nicht wenige die Befürchtung, dass keine 75 Schüler aus Bottrop angemeldet würden. Diese Mindestzahl war die Voraussetzung für den tatsächlichen Start der dreizügigen Sekundarschule mit jeweils 25 Kindern pro Klasse. Das vorgezogene Anmeldeverfahren brachte dann eine Überraschung: 118 Kinder wurden angemeldet, davon 81 aus Bottrop und 37 aus Gladbeck.

Ein Losverfahren, das von der Bezirksregierung durchgeführt wurde, sah 43 Abweisungen vor. Davon waren viele Bottroper betroffen. Dieses Losverfahren war dem Schulausschuss nicht bekannt. In der Sitzung des Ausschusses im Februar gab es von allen Parteien massive Kritik an diesem Verfahren.

Diese Kritik und zahlreiche Beschwerden von betroffenen Eltern führte dazu, dass die Stadtverwaltung am Schulausschuss vorbei mit der Bezirksregierung Münster übereinkam, ausnahmsweise zum Start im Sommer vier Klassen mit jeweils 29 Schülern zu bilden. Verantwortlich auf Seiten der Stadt für diesen faulen Kompromiss ist Schuldezernent Ketzler.

29 Schüler pro Klasse ist ein schlechter Start für eine neue Schule, deren Gründung auch Signalcharakter für ganz Bottrop haben sollte. Denn die Klassenrichtzahl für eine Sekundarschule ist eigentlich mit 25 Kindern geringer, als an anderen weiterführenden Schulen. Hinzu kommt, dass zum Start der Schule sechs Kinder mit Förderbedarf aufgenommen werden, um somit auch die Inklusion an den Bottroper Schulen umzusetzen. Auch wenn in den Klassen der Sekundarschule immer zwei Lehrer im Unterricht anwesend sind, ist bei 29 Kindern in einer Klasse eine gezielte Förderung und inklusiver Unterricht fast unmöglich.

Schuldezernent Ketzler behauptet nun, die Bezirksregierung hätte von der Stadtverwaltung verlangt, dass 29 Schüler je Klasse aufgenommen werden sollten. In der letzten Ratssitzung hat DKP-Ratsherr Michael Gerber nachgewiesen, dass diese Behauptung nicht stimmt. Vielmehr hat die Stadtverwaltung diese Klassenstärke angeboten, um weiterer Kritik und Beschwerden aus dem Weg zu gehen.

Die Lösung des Problems ist die Einführung mindestens einer weiteren Sekundarschule in Alt-Bottrop. Dies hätte aber schon längst auf den Weg gebracht werden können. Die Empfehlung des Instituts Biregio bei Aufstellung des Schulentwicklungsplanes in 2013 sah nämlich die flächendeckende Einführung von Sekundarschulen in Bottrop vor. Dies wurde aber mit der Mehrheit von SPD und CDU verhindert.

Ulrich Kunold, Tel.: 0179-7315434

Après-Skihalle

Bald endgültiges Aus für Alpincenter?

Die Horizontalverschiebung des Alpincenters ist auch durch die Zusatzfundamente an den Stützpfeilern, wie von der DKP bereits 2011 vorhergesagt, nicht zum Stillstand gekommen. An einem kritischen Stützpfeiler des Daches betrug die Horizontalverschiebung bei der letzten Messung im Februar bereits 224 mm. Die kritische Grenze, an der die Binder aus der Gabelagerung gezogen werden und ein Dacheinsturz die Folge ist, liegt bei 250 mm. Selbst die Verantwortlichen bei der Stadt Bottrop gehen davon aus, dass dieser Wert in zwei bis drei Jahren erreicht wird und eine Schließung des Alpincenters notwendig wird.

Auch die geplante Anschüttung von 400.000 Kubikmetern Erde an der Halde Prosperstraße wird die Skihalle nicht retten. Den Anwohnern drohen unzumutbare Lärm- und Staubbelastungen durch diese Maßnahme, um später den Blick auf eine Investitionsruine zu haben!

DKP-Ratsherr Michael Gerber: „Das endgültige Aus für die Skihalle wird nicht mehr zu verhindern sein!“ Ursache dafür, dass die Halde Prosperstraße in die Breite geht, sind die Flotationsberge. In einer der Stadt vorliegenden Studie der Ingenieurgesellschaft BauGrund heißt es dazu, dass „deren Ausdehnung und Lagen aber in Gänze unbekannt sind.“ Die DKP hatte von Beginn an vordem statischen Problemen auf der Halde gewarnt. Diese Warnungen wurden in einem von der DKP in Auftrag gegebenen

Gutachten bestätigt. In der Standsicherheitsberechnung der BauGrund vom März 2012 heißt es dann auch einschränkend zu der Wirksamkeit der geplanten Anschüttung: „Diese Stützkräfte werden voraussichtlich ausreichend sein, die künftigen Horizontalverschiebungen der Skihallen Fundamente zu unterbinden. Eine sehr große Wahrscheinlichkeit für eine mindestens deutliche Begrenzung des zukünftigen Verschiebungszustandes besteht.“

Mit dem absehbaren Ende für das Alpincenter müssen auch die Pläne für den Bau des Windrades auf der Halde neu bewertet werden. Die „grüne Skihalle“, das bisherige Hauptargument der Befürworter für das Windrad, entfällt in Zukunft. Bei einer geschlossenen Skihalle wird künftig niemals ein Windrad genehmigt werden. Ist es jedoch erst mal errichtet, ist dieser Standort bestens geeignet, auch nach dem absehbaren Ende des Alpincenters die Kassen ihres Eigners, Herrn van der Valk, kräftig zu füllen. Oberste Priorität für Besucher und Beschäftigte des Alpincenters muss die Sicherheit sein. Das gilt auch für den Schutz der Anwohner vor den gesundheitlichen Gefahren durch die Auswirkungen des Windrades. Beides verträgt sich nicht mit den Profitinteressen von Herrn van der Valk!

Günter Ziemmek, Tel.: 0157-70347922

Impressum

Ich möchte...

- Informationen über die DKP bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen
- Mitglied werden.

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Herausgeberin: DKP-Ratsgruppe im Rat der Stadt Bottrop

V.i.S.d.P.: Michael Gerber, Germaniastr. 54, 46236 Bottrop

☒ s.o. ☎ 68 81 57

E-Mail: dkp-bottrop@t-online.de
www.dkp-bottrop.de

Auflage: 35.000. Druck: Kiel-Druck, Kiel

Urteil gesprochen

Korruption bei städtischer Baugesellschaft GBB

Der ehemalige Prokurist bei der städtischen Baugesellschaft GBB, Helmut Schäfer - bis 2014 für die CDU Mitglied im Bau- und Verkehrsausschuss - ist durch das Landgericht Essen wegen gewerbsmäßiger Bestechlichkeit zu einer einjährigen Bewährungsstrafe sowie einer Geldstrafe verurteilt worden.

Nach zwölf Verhandlungstagen wurde deutlich, dass bei der GBB Bestechungszahlungen an der Tagesordnung waren. Das Gericht kam in der mündlichen Urteilsbegründung zu der Schlussfolgerung: Es gibt einen Sumpf bei der GBB! Die internen Kontrollmaßnahmen durch die beiden Geschäftsführer der GBB, dem Technischen Beigeordneten Norbert Höving und Hans-Jürgen Bode und auch der Vergabeausschuss mit Ratsvertretern der SPD und der CDU haben völlig versagt. Die Essener Staatsanwaltschaft bezeichnete die nachgewiesenen Fälle der Bestechung als eine „Schneeflocke auf der Spitze des Eisbergs.“

Es gab ein Kartell von Baufirmen, die bei der Auftragsvergabe berücksichtigt wurden. Dafür erhielt der Prokurist Helmut Schäfer vier Prozent des Auftragsvolumens als Bestechungsgeld. Damit die beteiligten Firmen „günstige Angebote“ abgeben konnten, gab es zwischen den Kosten der verbauten Materialien laut Ausschreibung und den tatsächlichen Kosten bis zu 30 Prozent Abweichung. Die Ausschreibungen wurden durch Helmut Schäfer erstellt, die Abweichungen waren beteiligten Un-



ternehmen bekannt. Teilweise wurden berechnete Leistungen auch einfach nicht erbracht. Die Kontrolle bei der Bauausführung war in der GBB schlechter als in einem Tante-Emma-Laden. Es ist ein Skandal, wie leichtfertig die Geschäftsführung der GBB mit fehlendem Brandschutz bei Umbauten in Wohnhäusern der GBB umgegangen ist.

Die DKP fordert politische Konsequenzen bei der GBB, um künftig einen Sumpf von Korruption und Bestechung zu verhindern. Bei der Auftragsvergabe ist künftig eine wirksame interne Kontrolle erforderlich. DKP-Ratsherr Michael Gerber: „Die GBB ist im Interesse der Sicherheit der Mieter verpflichtet, die vom Gutachter des Landgerichts festgestellten Mängel, wie z. B. den fehlenden Brandschutz, nachträglich zu beseitigen.“

Irmgard Bobrzik, Tel. 62020

Übrigens:

Diese NOTIZEN-Ausgabe wird aus Spenden finanziert – wie jede andere vorher auch. Unsere Kontonummer: 7112 bei der Sparkasse Bottrop

Ausbau Am Quellenbusch

Anwohner werden zur Kasse gebeten

Im Januar hatte die Stadt Bottrop wegen des geplanten Ausbaus der Straße Am Quellenbusch in Vonderort zu einer öffentlichen Veranstaltung eingeladen, bei der eine erste Entwurfsvariante des Ausbaus dieser Straße vorgestellt wurde. Die Veranstaltung war sehr gut besucht und es begann eine breite Diskussion.

Die Stadt versprach, die Anregungen der Anwohner, soweit möglich, auch in die Planungen einzubeziehen, sie sollten vor der endgültigen Planung eigentlich einzeln und individuell beraten und informiert werden. Nachdem jedoch Monate verstrichen waren, ohne dass die Anwohner weitere Informationen über die Straßenerneuerungen erhielten, lag nun zum 12.05.2015 die Beschlussvorlage der Bezirksvertretung Süd auf dem Tisch, die am 10.06.2015 dem Bau- und Verkehrsausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden soll. Unbestritten ist es ja, dass die Straße Am Quellenbusch unbedingt saniert werden muss. So wurde die Fahrbahn in Teilstücken bereits 1938 errichtet und die Gehwege 1958 ausgebaut.

Der geplante Ausbau sieht nun vor, den vorhandenen Straßenerneuerungen oberbau komplett zu erneuern, ebenso beidseitige Gehwege und daran anschließende Parkstreifen. Der gesamte Verlauf soll als Tempo-30-Zone ausgeschildert werden, jedoch ist es dafür zwingend erforderlich, diese Straße aus dem Vorbehalts-/Vorrangnetz herauszunehmen. 98 PKW-Stellplätze sollen geschaffen werden und auch eine Haltemöglichkeit für den Schulbus ist angedacht.

So weit so gut, aber es gibt auch äußerst negative Seiten. Bei Gesprächen mit den Anwohnern wurde nämlich berichtet, dass die Kapazität der Kanalisation für die Anwohner nicht ausreichend ist. Nach starken Regenfällen dringt Schmutzwasser ein und überflutet die Keller! Aber von einer Erweiterung der Kanalisation ist nicht die Rede.

Das neu gebaute Altenheim am Quellenbusch wird dieses Problem sicher noch verstärken. Beschwerden, welche die Anwohner an die Stadt richteten, wurden bisher nicht beachtet. Die neu geplanten Parkplätze kommen den Anwohnern ebenfalls nicht zugute, da die meisten auf ihren eigenen Grundstücken parken können. Auch eine Verbreiterung der Straße wird grundsätzlich abgelehnt, da sie vollkommen unnötig ist. Die Buslinie 264, die dort täglich beiderseits verkehrt, hatte bisher keine Schwierigkeiten mit der Straßenbreite. Hinzu kommt, dass deswegen etlichen Anwohnern ein Rückbau ihrer Grundstücke bevorsteht. Dass 44 Bäume gefällt werden sollen, können die Menschen ebenfalls nicht verstehen, aber die größten Sorgen bereiten ihnen die Kosten, die auf sie zukommen werden! Zwischen 7 und 9 Euro pro qm Grundstücksfläche sollen angesetzt werden. Stundungen dieser Beiträge sieht die Stadt Bottrop für die Anwohner nicht vor - Geld, das viele nur mit einem Kredit aufbringen können.

Die DKP lehnt diesen „Vorschlag“ selbstverständlich ab! Dass die Straße erneuert werden soll und muss, ist nicht zu beanstanden. Aber dass die Kapazität der Kanalisation nicht erhöht wird, die Kosten für einen Rückbau und noch die hohen Straßenbaubeiträge den Anwohnern zur Last fallen sollen, wird die DKP nicht unterstützen.

Birgit Lüdtke-Jordan, Tel.: 0157-35351077

Meldungen - kurz, aber schmerzhaft

Der bisherige Betreiber des Casino im Saalbau hat Ende April die Bewirtung einstellt. Die Firma Dussmann hat den bisherigen Vertrag mit der Stadt gekündigt. Nur noch bei größeren Veranstaltungen im städtischen Saalbau wird diese das Catering übernehmen.

DKP-Ratsfrau Irmgard Bobrzik: „Die Stadt hätte dafür sorgen müssen, dass die Bewirtung im Casino auch künftig gewährleistet ist. Mit der jetzigen Einstellung wird der Saalbau bewusst immer unwirtschaftlicher und systematisch gegen die Wand gefahren. Damit wird die geplante Schließung Ende nächsten Jahres Schritt für Schritt vorbereitet. Die Stadtgesellschaft braucht einen Veranstaltungsort wie den Saalbau und das Casino für eine Vielzahl von Veranstaltungen.“

Burkhard Drescher, Geschäftsführer der Innovation City Management GmbH, ist seit Dezember Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Annington. Mit der geplanten Übernahme der Gagfah ist die Deutsche Annington mit 350.000 Mietwohnungen der mit Abstand größte Vermieter Deutschlands. In Bottrop besitzt die Deutsche Annington circa 2.000 Wohnungen und ist damit, neben der städtischen Baugesellschaft GBB, das größte Immobilienunternehmen unserer Stadt. Die Mieterverbände klagen seit Jahren über einen großen Sanierungstau bei den Siedlungen der Deutschen Annington. Dies trifft auch auf Teile von deren Wohnungsbestand in Bottrop zu.

„Die Verquickung dieser beiden Ämter widerspricht der notwendigen Unabhängigkeit bei der Leitung von Innovation City. Die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Deutschen Annington ist mit der Tätigkeit als Geschäftsführer von Inno-

vation City somit nicht vereinbar. Die DKP ist daher für die Abberufung von Burkhard Drescher von seiner Funktion bei Innovation City“, fordert DKP-Ratsherr Michael Gerber. Innovation City kann nach Meinung der DKP nur glaubwürdig sein, wenn deren Leitung von Konzerninteressen unabhängig ist.

Die DKP Bottrop protestierte gegen die Beteiligung der Bundeswehr an der „Informationsmesse zu Studium und Beruf“ im Saalbau. Hier sollte offensichtlich Jugendlichen, die noch keinen Ausbildungs- oder Studienplatz haben, die Bewerbung als Soldat schmackhaft gemacht werden.

Jörg Wingold, Kreisvorsitzender der DKP: „Hatte vor nicht allzu langer Zeit das Jugendamt noch Aufkleber mit der Aufschrift ‚Kriegsspielzeug nein danke‘ verteilt, lädt heutzutage die Wirtschaftsförderung als Veranstalter der Messe bereits wieder Vertreter der Vorbilder für dieses Kriegsspielzeug ein. Dies dürfte ein weiterer Versuch sein, die Verwicklung deutscher Soldaten, deutscher Waffen und deutschen Geldes bei Kriegen in allen Ecken dieses Planeten weiter hoffähig zu machen.“

Insbesondere Jugendliche, die in Zeiten der knappen Ausbildungsplätze wenig Chancen auf erfolgreiche Vermittlung einer Lehrstelle haben, werden wohl über eine Bewerbung bei der Bundeswehr nachdenken. Dass sie als Soldaten ihr Leben aufs Spiel setzen und – wie ja bereits geschehen – vielleicht Unschuldige, Mütter und Kinder töten werden, soll durch Hochglanzprospekte, Gerede vom angeblich „sauberen“ Krieg und von „humanitären“ Einsätzen übertüncht werden.

Die DKP war am Tag der Ausbildungsmesse mit Flugblättern gegen die Werbung für den Kriegseinsatz präsent – so mancher Besucher wurde nachdenklich.

IKEA oder IKEine?

Für IKEA durchaus - aber nicht so!

IKEA plant im Sommer 2018 ein Einrichtungshaus im Kraneburger Feld - an der B 224 - zu eröffnen. Dazu soll nahezu das gesamte Kraneburger Feld überbaut werden. IKEA will ein Grundstück mit 110.000 m² aufkaufen. Die reine Verkaufsfläche soll 25.500 m² betragen.

Im Rathaus wurde sofort verkündet, damit kämen viele neue Arbeitsplätze und Gewerbesteuern nach Bottrop. Laut IKEA sollen 150 Arbeitsplätze entstehen, davon jedoch zwei Drittel in Teilzeit.

Noch schlechter sieht es bei den erhofften Einnahmen durch die Gewerbesteuer aus: Die prognostizierten 1,5 Millionen jährlichen Besucher werden die Kassen bei IKEA ordentlich füllen. Durch steuerliche Abschreibungen und Finanztricks mit ausländischen Firmentöchtern ist IKEA jedoch Weltmeister in der Vermeidung von Steuerzahlungen. Die „IKEA Deutschland GmbH&CoKG“ gehört der „INGKA Holding B.V.“ in Leiden (Niederlande). Damit und mit Finanzierung über den Finanzmarkt weist die deutsche Firma ein Fremdkapital von 99,8% aus und kann die Zinsen dafür gewinn- und steuermindernd verbuchen. Aus den erhofften sprudelnden Einnahmen für die Stadt Bottrop wird damit nur ein spärliches Rinnsal...

Das Kraneburger Feld hat eine hohe ökologische Bedeutung und ist Bestandteil des Grünzugs C mit seiner Funktion zum

Klimausgleich der gesamten Region. Nach einer aktuellen Untersuchung wird es von 70 verschiedenen Vogelarten genutzt, darunter zahlreiche, deren Bestand bedroht ist. Auch die zurzeit laufende Renaturierung der Boye verträgt sich nicht mit den Belastungen durch die geplante Bebauung. Die DKP hat daher vorgeschlagen, das Einrichtungshaus auf bisher vom Bergbau genutzten Flächen anzusiedeln. Dazu eignen sich z. B. die Flotationsbecken östlich der B 224. Nach Informationen der DKP hat sich IKEA jedoch geweigert, sich dort anzusiedeln. Man will die Kosten für die Aufbereitung dieser Flächen aufgrund von Umweltbelastungen vermeiden. Das Kraneburger Feld ist daher für IKEA geradezu ein Schnäppchen. Auch wenn sich IKEA mit seinem Standort ein „grünes“ Image geben möchte, diese Ansiedelung ist eine Vernichtung wertvoller Grün- und Naturflächen.

Die DKP meint: Nichts gegen eine IKEA-Ansiedlung an sich – aber so wird nichts draus.

Jörg Wingold, Tel.: 685911



Vertreter von Naturschutz und Initiativen im Kraneburger Feld

EU, Grexit, Syriza und die KKE

Alternativen der griechischen Kommunisten

Die griechischen Kommunisten (KKE) sind im nationalen Parlament vertreten, beteiligen sich jedoch nicht an der Syriza-Regierung, weil sie ihr vorwerfen, Illusionen zu verbreiten. Syriza sei denn auch von jenen gewählt worden, die sich einen Verbleib in der Eurozone wünschten bei einem gleichzeitigen Ende der Kürzungspolitik. So versprach Syriza den Wählern Wiederherstellung und gar den Ausbau sozialpolitischer Standards.

Dieser Widerspruch, einerseits in der EU verbleiben und gleichzeitig mit der Sparpolitik brechen zu wollen, ist nach Ansicht der griechischen Kommunisten absurd und von vornherein unrealistisch gewesen. Denn die EU als imperialistisches und kapitalistisches Projekt folgt bestimmten, neoliberalen ökonomischen Vorgaben. Eine „win-win“-Situation für die kapitalistischen Profiteure und Institutionen einerseits und die griechische Bevölkerung andererseits ist vor diesem Hintergrund ausgeschlossen.

Folglich zeigte sich nach anfänglichen radikalen Reden ein schnelles Einknicken der Syriza-Regierung vor den altbekannten, vermeintlich alternativen EU-Auflagen. Als „Reformen“ verblieben vor allem Luftschlösser: die „Troika“ heißt jetzt „Institutionen“, aus dem „Memorandum“ wurde „Vereinbarung“, aus „Gläubigern“ „Partner“.

Die kürzlich beschlossene, an sich notwendige unentgeltliche Versorgung der Ärmsten mit Energie und Lebensmitteln greift zu kurz und kommt viel zu wenig Menschen zugute. Und auch die Einführung karger Mindestlöhne ist in erster Linie dazu geeignet, bestehende Tarifverträge zu unterhöheln. Das erinnert an Diskussionen hierzulande, wie sie einst auch aus liberalen Kreisen angeregt wurden, Grundeinkommen oder „Bürgergeld“ einzuführen.

Die Kernforderungen der grie-

chischen Kommunisten sind auf vier Punkte zusammenzufassen:

- Austritt aus der EU. Sie ist im Sinne der abhängig Beschäftigten nicht reformierbar.
- Austritt aus dem Militärbündnis NATO. Nicht warten, dass sie sich „auflöst“.
- Keine Rückzahlung der Schulden: Das Volk hat die Schulden nicht gemacht.
- Das für sich reicht nicht aus: nötig ist der sozialistische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft über die Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien.

Wie das Wahlergebnis zeigte, ist dieses Programm der KKE allerdings (noch) nicht mehrheitsfähig. Die meisten Griechen wollten den Lebensstandard von „vor der Krise“ wieder haben und sie glaubten, allein ein Verbleib in der EU könne dies ermöglichen. Mittlerweile sehen jedoch circa 30 Prozent der Bevölkerung eine bessere Perspektive jenseits der EU. Diese Stimmung will die KKE verbreitern, um die Bevölkerung zur aktiven Teilnahme an der Politik zu bewegen. Dazu nutzt sie die starke Gewerkschaftsfront PAME. Syriza hat leider keine solch aktive Massenbasis. Gegenwärtig ersetzt Syriza in Griechenland lediglich die stark geschrumpfte klassische Sozialdemokratie. Umgestaltung im Sinne der Notleidenden Bevölkerung sieht anders aus.

Jörg Wingold, Tel.: 685911



Aktion der griechischen Kommunisten an historischen Stätten. Auf den Transparenten heißt es: „Völker Europas steht auf!“



An der Maikundgebung des DGB beteiligte sich die DKP mit einem Transparent gegen das geplante Handelsabkommen TTIP.

unsere zeit - Jetzt 4 Wochen gratis probelesen!

Ich möchte die UZ einer Freundin / einem Freund empfehlen. Sendet die UZ 4 Wochen kostenlos an nebenstehende Adresse.

Mein Name: _____

Ich möchte die UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich testen. Bitte sendet sie an meine nebenstehende Adresse.

Name _____

Wohnort _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Das Abo endet automatisch. Der Verlag darf mich nach meiner Meinung zur UZ befragen.

An:

CommPress Verlag GmbH
 Hoffnungstraße 18
 45127 Essen

Coupon einlesen oder per Mail schicken:

info@unsere-zeit.de

Tel.: 0201 - 17 78 89 23 Fax: 0201 - 17 78 89 28



Na geht doch

Parken am Hauptbahnhof endlich kostenfrei

Die DKP begrüßt, dass das Parkhaus am Hauptbahnhof für Pendler bis Ende 2016 kostenfrei sein soll. Dies soll der Rat – wenn es nach der Verwaltung geht – in seiner Sitzung im Juni beschließen.

Schon im Januar 2006 hatte die DKP im Bau- und Verkehrsausschuss beantragt, dass das Parken im Parkhaus am Bahnhof für Pendler mit VRR- oder DB-Ticket kostenfrei sein solle. Alle damals im Rat der Stadt vertretenen Parteien stimmten dagegen. Doch die DKP ließ nicht locker und stellte diesen Antrag bei den Haushaltsdebatten immer wieder.

Ulrich Kunold, Vertreter der DKP im Bau- und Verkehrsausschuss: „Hartnäckigkeit zahlt sich aus! Endlich wird dieser Vorschlag der DKP von der Verwaltung – und hoffentlich auch von der Politik – unterstützt. Erst einmal ein Erfolg für uns.“

Verwunderlich ist nur, dass die Verwaltung und die großen Parteien immer erklärten, dass ein kostenfreies Parken dem Vertrag mit dem VRR widerspreche. Davon ist nun keine Rede mehr.

Ulrich Kunold: „Es entsteht der Eindruck, dass die Verwaltungsspitze über Jahre falsch informiert hat. Denn von Rückzahlung der Fördergelder bei Kostenfreiheit ist jetzt nicht mehr die Rede.“ Nun ist es angeblich die zu geringe Auslastung des Parkhauses, die den VRR veranlasst, Fördergelder zurückzufordern. Die DKP hat die Forderung nach Kostenfreiheit für Pendler unter dem Gesichtspunkt gesehen, mehr Menschen für den Öffentlichen Nahverkehr zu gewinnen, damit das Chaos auf den Straßen im Berufsverkehr verringert wird.

Ulrich Kunold: „Dieses Problem ist aktueller denn je. Wir brauchen eine alternative Verkehrspolitik, die den ÖPNV stärkt. Dies wäre auch im Sinne von Innovation City.“

Mit den Vorstellungen des VRR, den S-Bahn-Takt auch der S9 auf 15 Minuten zu senken, sollte auch der Anreiz zur Nutzung des Parkhauses erhöht werden.

Ulrich Kunold: „Die DKP fordert deshalb, die generelle kostenfreie Nutzung des Parkhauses für Pendler über das Jahr 2016 hinaus zu ermöglichen! Denn das zahlt sich umweltpolitisch langfristig für Bottrop aus.“

Ulrich Kunold, Tel.: 0179-7315434



Anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai beteiligten sich auch Vertreter der DKP an der Ehrung am Denkmal am Rathaus.

Zehn Häuser dicht!?

Jugend und Mitarbeiter stehen im Regen!

Die DKP-Ratsgruppe hat in allen Etatberatungen angemahnt: Bei der Jugend darf nicht gespart werden. Nach der Überprüfung der Jugendeinrichtungen durch das Jugendamt sind jedoch die Verträge mit den Trägern der Jugendeinrichtungen gekündigt worden, um die beschlossene Einsparung von jährlich 180.000 Euro zu realisieren.

Die Mitarbeiter der Einrichtungen, aber auch Kinder und Jugendliche, welche sie besuchen, stehen nun im Regen, insgesamt zehn Einrichtungen sollen keine Förderung mehr bekommen – heißt: Ihre Zukunft steht auf der Kippe!

DKP-Ratsherr Michael Gerber: „So darf man mit den Jugendlichen nicht umgehen. Da wurde in einem sogenannten Unterausschuss alles klar gemacht – es wurde ausgekündigt, was hinten rüber fallen soll. Jugendliche und Mitarbeiter wurden nicht einbezogen. Von Anfang an stand nur der Wunsch nach Sparen im Vordergrund – nach Pädagogik oder Interessen der Betroffenen wurde nicht gefragt.“

Seitens des Jugendamts ist in den letzten Jahren versäumt worden, Vorstellungen über ein „Wie weiter in der Jugendarbeit?“ mit allen Beteiligten unter Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. Von einer Konzeption der offenen Jugendarbeit in Bottrop kann keine Rede sein. Im Gegenteil, es wurden bei der Überprüfung der Jugendtreffs wieder einmal nur „Köpfe ge-

zählt“, Qualität und Vielfalt des Angebots, Stadtteilbezogenheit und Ziel der Jugendarbeit spielen keine Rolle. Was auffällt: Die eigene Offene Jugendarbeit der Stadt ist ebenfalls ohne erkennbares Konzept geblieben.

Im Jugendhilfeausschuss scheint man sich auf das Auskugeln zu beschränken, statt sich über Ziele der Offenen Jugendarbeit in Zeiten der Offenen Ganztagschule zu verständigen. Dazu müsste aber den Einrichtungen Zeit gegeben werden, statt von vornherein die Verträge zu kündigen.

Dass vom nichtöffentlichen Unterausschuss Vertreter der Jugendlichen und der Mitarbeiter ausgeschlossen sind, zeigt:

Es wird wieder einmal über die Köpfe der Betroffenen hinweg gehandelt. Das Sparen steht weiter im Vordergrund. Widerstand ist nicht erwünscht. Die Jugendarbeit in Bottrop fällt in die fünfziger Jahre zurück: Die Jugend hat zu akzeptieren, was an Brosamen vom Tisch des Ausschusses fällt.

Manfred Plümpe, Tel. 94135



Ostereiersuchaktion der DKP im Eigen - Eltern helfen mit

Ehrung für DKP-Vertreter verweigert

DKP-Vertreter lehnen teure Medaillen aus Gold ab

Am 28. Mai wurden durch den Oberbürgermeister langjährige KommunalpolitikerInnen für ihre ehrenamtliche Tätigkeit ausgezeichnet. Nicht geehrt wurden jedoch DKP-Ratsherr Michael Gerber und DKP-Bezirksvertreter Günter Ziemmek, obwohl der Rat der Stadt im November 2014 einstimmig auch deren Ehrung beschlossen hatte. Vor der Beschlussfassung im Rat der Stadt erklärte DKP-Ratsherr Michael Gerber, dass Günter Ziemmek und er die Ehrung annehmen würden, nicht jedoch die goldene Stadtmedaille im Wert von ca. 600 Euro. Die Ehrung aller KommunalpolitikerInnen soll wegen der teuren Goldmedaillen nämlich insgesamt 12.000.- Euro kosten.

Michael Gerber und Günter Ziemmek haben sich engagiert für Bürgerinteressen eingesetzt. Die Erhaltung des Stenkhoffbades mit der Gründung der Bürgerinitiative und dem gewonnenen ersten Bürgerentscheid in Bottrop wurde von DKP-Ratsherrn Michael Gerber initiiert.

Die außerparlamentarischen Aktivitäten und Bürgerinformationen der DKP unter dem Motto „DKP vor Ort“ regten zahlreiche Bürgerproteste an, darunter den aktuellen Widerstand gegen das Windrad am Alpincenter sowie gegen die Transitautobahn A 52, für die Erhaltung von Spielplätzen ebenso wie die Verhinderung der Bebauung von innerstädtischen Grünflächen.

Zahlreiche Skandale wurden erst mit der Veröffentlichung durch DKP-Abgeordnete bekannt, wie z. B. die Finanzspekulationen der Stadt mit der damaligen WestLB. Für diese langjährige kommunalpolitische Tätigkeit im Interesse der Bottroper Bürgerinnen und Bürger nahmen Michael Gerber und Günter Ziemmek gern eine Auszeichnung entgegen.

Die Streichung des Bottrop-Passes, die Schließung der Büche-

reizweigstellen im Eigen und der Boy, die Streichung des Zuschusses für das Mittagessen in KiTas und im Ganztags an den Schulen, die Kürzungen bei der Jugendarbeit sowie der Suppenküche Kollisch und die Streichung des Geschwisterrabattes bei der Musikschule und der Kulturwerkstatt sind nur einige Beispiele des Spardiktats „Stärkungspakt Stadtfinanzen“, das die DKP-Politiker entschieden abgelehnt haben. Gestrichen und gespart wird besonders bei den Armen der Stadt.

Angesichts dieser Grausamkeiten ist es schamlos, wenn sich Kommunalpolitiker mit goldenen Medaillen im Gesamtwert von 12.000 Euro selbst auszeichnen. Michael Gerber und Günter Ziemmek sind nicht be-

reit, sich an dieser Selbstbedienung zu beteiligen. Das entspricht ihrer grundsätzlichen Haltung, keine persönlichen Vorteile für ihre kommunalpolitische Interessenvertretung der kleinen Leute zu erhalten. Die DKP hat beantragt, dass die städtische Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen dahingehend geändert wird, künftig langjährige kommunale Mandatsträger zu ehren, jedoch ohne die Überreichung einer goldenen Stadtmedaille.

Das Büro des Oberbürgermeisters hatte mitgeteilt, dass Michael Gerber und Günter Ziemmek im Rahmen einer geplanten Feierstunde des Rates nicht geehrt werden, da sie es ablehnen, die goldene Stadtmedaille entgegen zu nehmen. Zu dieser Entscheidung erklären Michael Gerber und Günter Ziemmek: „Unsere Glaubwürdigkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt ist uns wichtiger. In diesem Sinne werden wir uns auch künftig konsequent für die Interessen der kleinen Leute in unserer Stadt einsetzen. Die Bürgerinnen und Bürger werden uns weiterhin an unseren Worten und Taten messen und nicht an Auszeichnungen durch den Oberbürgermeister. Das ist unser Verständnis von Kommunalpolitik.“

Michael Gerber, Tel.: 96227
Günter Ziemmek, Tel.: 0157-70347922



damit man draußen sieht was drinnen vorgeht!

Im Ehrenpark

Skaterbahn schnell wieder öffnen

Die Umgestaltung des Ehrenparks zum Mehrgenerationenpark mit der Skateranlage galt zu Recht als ein gelungenes Beispiel, weil und wie auch die Interessen von Jugendlichen berücksichtigt worden sind. Leider war die Planung besser, als die erfolgte Umsetzung – weil nämlich der Bauantrag für die Skateranlage durch das entsprechende Fachamt fehlte. Es ist völlig unverständlich und ein Skandal, wenn ein solcher Bockmist verbrochen wird. Leittragende sind vor allem die Jugendlichen, die mit Begeisterung die neue Skateranlage genutzt haben. Sie sind zu recht sauer, dass jetzt Bauzäune den Zutritt zur Skateranlage versperren. Wo dies möglich ist, weichen die Jugendlichen zurzeit auf andere Anlagen in Nachbarstädten wie Gelsenkirchen aus.

Es gilt jetzt, schnellstens die Planungsfehler und Versäumnisse der Verwaltung zu beheben, damit die Jugendlichen noch in diesem Sommer die Skateranlage wieder benutzen können. Mit den beiden geplanten Lärmschutzwänden sowie einer Öffnungszeit der Anlage an Werktagen von 15.00 bis 20.00 Uhr scheint ein gangbarer Weg gefunden zu sein.

Manfred Plümpe, Tel.: 94135

**Das Büro
der DKP an
der Germaniastr. 54 ist
erreichbar
unter:
688 157**

Kleine Geschenke auf Kosten der Bürger

Kritik an Ankauf von Grundstück Brakerstraße

Der Rat der Stadt hat im Mai den Ankauf des Grundstückes Brakerstraße 74 beschlossen. Das Grundstück gehört der Firma Becker GmbH & Co.KG. Bereits Ende letzten Jahres wurden von der Stadt dort Büros für die Beschäftigten des Fachbereichs Umwelt und Grün angemietet. Der neue Standort mit seiner abgelegenen Lage, ohne Busanschluss, hat bei den Beschäftigten der Stadt heftige Kritik ausgelöst.

Jetzt soll mit dem Grundstückserwerb auch der bisherige Bauhof des Grünflächenamtes von der Hans-Böckler-Straße zur Brakerstraße verlegt werden. Nach Ansicht der DKP ist der vorgesehene Kaufpreis für das Grundstück und die Gebäude mit 1,9 Million Euro viel zu hoch. DKP-Ratsherr Michael Gerber: „Es ist nicht Aufgabe der Stadt, mit dem geplanten Ankauf den Herrn Becker zu sanieren.“ Wieder einmal scheint dafür in den Untiefen des städtischen Etats Geld vorhanden zu sein – es ist jedoch davon auszugehen, dass angeblich kein Geld da sein wird, sobald die Beschäftigten des Fachbereichs mehr Geld fordern.



Zum Internationalen Frauentag verteilte die DKP wieder Nelken. Selbst die Stadt führt inzwischen Veranstaltungen zum 8. März durch - auch ein Erfolg der DKP.



Vertreter der Initiative „Stoppt A 52“ - darunter Michael Gerber (DKP) übergaben einen ganzen Ordner voll mit Einwendungen gegen das geplante Teilstück bis Wittringen

Immer nur kontra?

Erfolge der DKP zusammen MIT den Bürgern

Neulich bei einem Informationsstand der DKP in der Innenstadt: Ein Bürger kommt auf den Kreisvorsitzenden Jörg Wingold zu und meint, die DKP sei doch nur immer gegen alles! Das regt zum Nachdenken an – und zum Nachlesen. Was hat die DKP seit ihrer Gründung denn wirklich Positives erreicht? Zugegeben, die Zeiten haben sich geändert, es muss heutzutage sehr viel zur Abwehr von Sparschweineereien getan werden – aber nicht nur!

Die DKP hat in der Vergangenheit durchaus einiges erreicht – manchmal nur Kleinigkeiten, und manches ist auch schon wieder gekippt worden durch die ach so soziale Mehrheit im Rat, wie zum Beispiel der Bottrop-Pass. Also Zeit, mal eine Bestandsaufnahme zu machen - und natürlich eine wichtige Vorbemerkung zur Klarstellung: NICHTS geht und ging ohne engagierte Mitbürger – die kleine DKP allein erreicht nicht viel!

Hier nur zwei Beispiele aus diesem Jahrzehnt.

Da wäre zunächst einmal die Erhaltung des Stenkhoffbades. Bei Unterschriftensammlungen, der Gründung der Bürgerinitiative, des Fördervereins, dem Bürgerbegehren – überall waren Mitglieder der DKP dabei – das müssen selbst Gegner des Stenkhoffbades zugeben. In Zeiten des „Sparens über alles“ darf man das sicher als Erfolg bezeichnen!

Dass es jetzt an der Lütkestraße wieder eine Brücke über die Bahnlinie gibt, ist den Anstrengungen der DKP mitzuverdanken. Die Bürgerinitiative hatte sogar überlegt, die Brücke nach Michael Gerber zu benennen –



was der natürlich abgelehnt hat, aber zeigt, wer hier am Erfolg mitgewirkt hat.

Sollen wir den Kampf gegen die Eingemeindung nach Essen in den 70ern erwähnen? Den für die Hauptschule Welheim in den 90ern? Die Jugendmusikschule? Die Unterstützung von Mieterinitiativen?

Wir werden in den künftigen Ausgaben der Notizen an erfolgreiche Aktivitäten erinnern. Dies soll auch Mut machen, sich aktuell gegen Willkür, Korruption und Konzerne zu wehren! Aber der Dank an die vielen Mitkämpfer darf auch zum Abschluss nicht fehlen!

